

Grußwort der Chefin der Staatskanzlei Ulrike Wolff-Gebhard

E-Government-Forum der öffentlichen Verwaltung

in Schleswig-Holstein

25. Juni 2003, Rendsburg

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lenk,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Wewer,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Breitner,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

ich begrüße Sie ganz herzlich zu **unserer** Veranstaltung, dem **E-Government-Forum der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein**.

Ich betone das Wort „unsere“ besonders, weil es mir ein Anliegen ist, das **Gemeinsame** zu betonen.

Wir, Land und kommunale Landesverbände, veranstalten dieses Forum gemeinsam, weil wir unsere Kräfte für den Weg zur elektronischen Verwaltung bündeln wollen. Dies ist – bei allen z.T. auch unterschiedlichen Interessen – sinnvoll, denn nur so kommen wir schneller zu wirtschaftlichen Lösungen.

Wenn wir über E-Government sprechen und damit **Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung** für die Bürgerinnen und Bürger oder die Unternehmen meinen, so blicken wir zunächst auf die kommunalen Verwaltungen. Denn dort werden die meisten Dienstleistungen nun einmal erbracht - und nicht in der Landesverwaltung.

Ich freue mich deshalb, **Herr Dr. Borchert**, dass wir diese Veranstaltung gemeinsam hinbekommen haben – und ich bin zuversichtlich, dass wir es auch schaffen, eine **E-Government-Vereinbarung** abzuschließen, die uns den Rahmen für unser weiteres gemeinsames Vorgehen bietet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ministerpräsidentin Heide Simonis hat in ihrer Regierungserklärung am 10. Mai 2000 die **Online-Kommunikation als das A und O** für eine

bürgerfreundliche und dienstleistungsorientierte Landesregierung bezeichnet. Dies ist die Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

Ich denke, dass wir uns alle der **besonderen Chancen** und des **Veränderungspotenzials** von E-Government und der sie tragenden Internet-Technologie bewusst sind. D.h. wenn wir eine elektronische Verwaltung aufbauen wollen, dann geht es **nicht um die bloße Unterstützung** der täglichen Verwaltungsarbeit durch Informationstechnik.

Es geht auch **nicht allein um Informationen** in einem Internet-Portal oder um die Unterstützung von einzelnen Prozessen.

Nein es geht um viel mehr: Es geht letztlich um **die Veränderung von vorhandenen Verwaltungsstrukturen** und es geht damit um die Schaffung **neuer Service-Strukturen** für den öffentlichen Sektor in Schleswig-Holstein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn die **Wirtschaft** E-Commerce oder E-Banking einführt, dann macht sie dies, weil sie eine **Chance darin sieht, durch Technikeinsatz die Vertriebs- oder Produktionsstrukturen zu optimieren** und um **Kosten zu reduzieren**. Kostenvorteile und eine größere Produktivität erhöhen nun einmal die Wettbewerbsfähigkeit.

Gleichzeitig muss allerdings der **Service verbessert** werden. Sonst haben Sie zwar ein wirtschaftlich produziertes Angebot, aber keiner will es.

Nun können Sie zu Recht einwenden, wenn Filialen geschlossen werden, also sich der Service aus der Fläche zurückzieht und in das Internet wandert, ob denn dadurch die Servicestruktur tatsächlich verbessert wird. Und ich würde Ihnen Recht geben, wenn dies der einzige Veränderungsaspekt wäre. Tatsächlich hat sich aber das **Serviceangebot** z.B. der Banken **beträchtlich gewandelt**.

Allerdings - und das muss man auch berücksichtigen - ist das **ausführliche Beratungsangebot schwerer** zu erhalten.

Was bedeutet dies für den öffentlichen Sektor? Werden wir in gleicher Weise wie die Wirtschaft zu Veränderungen getrieben?

Nun muss sich der öffentliche Sektor nicht – oder soll ich sagen: **noch nicht** - dem Produkt-Wettbewerb stellen. Aber auch wir kennen einen Wettbewerb - um schnellere Genehmigungen oder um schnelle Informationen, wenn es z.B. um Gewerbeansiedlungen und damit um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht.

Aber, was vielleicht noch wichtiger ist, auch **unsere Kosten und die knappen Kassen** zwingen uns zu strukturellen Veränderungen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit der Internet-Technologie, die dem E-Government zugrunde liegt, **sehr gute Chancen** haben, unsere **Dienstleistungsstrukturen zu verändern**, z.B. durch neue Aufgabenzuordnungen im Verhältnis zwischen dem Land und den Kommunen.

Nutzen wir diese Option offensiv, dann können wir in Zukunft Dienstleistungen z.B. durch andere Behörden und Verwaltungsebenen bürgernäher und wirtschaftlicher als bisher erledigen lassen.

Und in einem **weiteren Punkt** unterliegen wir einem gewissen **Veränderungsdruck**, der sich in Zukunft noch verstärken wird:

- durch ebenen-übergreifende und länderübergreifende Prozesse mit **Schnittstellenanforderungen**, die durch das Projekt DeutschlandOnline ausgelöst werden,
- durch neu gestalteten Prozesse, wie z.B. das **Rückmeldeverfahren** im Einwohnermeldewesen, das den Aufbau von **Clearingstellen** für den Datenaustausch in den Ländern vorsieht,

- und durch **länderübergreifende Kooperationen** für E-Government-Maßnahmen – wie z.B. in der Metropolregion Hamburg.

Schauen wir uns diese Maßnahmen etwas genauer an, dann ist offensichtlich, dass wir uns in diesem Entwicklungsprozess **oder besser: Veränderungsprozess** zum E-Government als Land **nicht als Insel betrachten** können.

Wir sind in unseren Konzeptionen, Entwicklungen und in der **wirtschaftlichen Realisation** von eGovernment-Maßnahmen in einem viel größeren Maße als früher **von Parallelprozessen** und **anderen Einflüssen abhängig** als wir dies bislang angenommen haben.

Und das gilt **nicht nur für die Landesverwaltung** – dies gilt in gleichem Maße **auch** für die **Kommunen**.

Es ist wichtig, sich die Anforderungen und Einflüsse auch aus diesen Vorhaben genau anzusehen, sie mit unseren Ansätzen zu vergleichen und dann die richtigen Maßnahmen zu ergreifen d.h. die erforderlichen **Schwerpunkte** zu setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein Schwerpunkt unseres eGovernment-Prozesses liegt in der **Koordination des Prozesses** mit den Kommunen.

Worauf wir allerdings in Zukunft bei der Mittelknappheit verstärkt achten müssen, ist, wie wir die vorhandenen Kräfte von Land und Kommunen **noch besser bündeln** können, damit wir die erforderliche **eGovernment-Infrastruktur stärken und weiter entwickeln können**.

Wir haben deshalb in einem **ersten Schritt** die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen ergriffen. Die für das Thema wichtigen Aufgabenfelder des ressortübergreifenden strategischen und operativen **IT-**

Managements sind in das Finanzministerium verlagert worden. Zudem werden die Aufgaben der **ressortübergreifenden Organisation** dort wahrgenommen.

Ferner beabsichtigen wir mit den kommunalen Landesverbänden eine **eGovernment-Vereinbarung** abzuschließen, um die erforderlichen Infrastruktur-Maßnahmen **gemeinsam** zu definieren und umsetzen zu können. Die Arbeiten wurden bereits aufgenommen.

Schließlich haben wir im Innenministerium das **Projekt Verwaltungsstrukturreform** eingerichtet, das Dienstleistungsprozesse hinsichtlich seiner optimaler strukturellen Ausrichtung untersuchen wird. Es soll jeweils geprüft werden, inwieweit die Dienstleistungsprozesse der Landesverwaltung **auf die kommunale Ebene verlagert** werden können. Dabei wird auch der Einsatz von Internet-Technologie eine Rolle spielen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass wir heute mit Ihnen über die **Herausforderungen** an E-Government für den öffentlichen Sektor in Schleswig-Holstein sprechen und die **Interessenlagen** einmal **ausloten** können. Und es ist sehr nützlich, dass wir heute Nachmittag in den Foren das **Zusammenwirken von Land und Kommunen** an konkreten Beispielen erörtern können. Was wir heute sicher nicht erreichen, ist eine Lösung für alle angesprochenen Themen. Dafür ist das Themenspektrum zu groß und der Informations- und Entwicklungsstand möglicherweise noch zu unterschiedlich. Was wir aber erreichen können, ist:

- unser **Bewusstsein** zu schärfen – das Bewusstsein für die Notwendigkeit, sich mit E-Government zu beschäftigen
- und die **Bereitschaft** zu wecken, sich diesem Veränderungsprozess zu stellen.

Für mich führt nur ein Weg zu einem wirtschaftlichen E-Government in Schleswig-Holstein: Und das ist der über eine **forcierte Zusammenarbeit** zwischen den Kommunen und zwischen dem Land und den Kommunen. Ich wünsche uns allen dabei Erfolg.